

22 Jeder Mensch, der wahlberechtigt ist, erhält im Rahmen von erweiterten Formen demokratischer Teilhabe die Möglichkeit, an grundsätzlichen politischen Entscheidungen seines Landes mitzuwirken. Diese Formen deliberativer Politik werden auf der Grundlage umfassender Diskussionsprozesse in dezentralen und zentralen Bürgerräten praktiziert. Alle Informationen, die dabei für die Meinungsbildung erforderlich sind, werden durch öffentlich-rechtliche Medien und Bildungseinrichtungen aufbereitet und stehen jederzeit zur Nutzung zur Verfügung.

Ein demokratisches System beruht letztendlich auf dem Vertrauen, das die Bürger:innen dem freiheitlichen Rechtsstaat gegenüber aufbringen. Der deutsche Rechtsphilosoph und Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat dieses Dilemma folgendermaßen umschrieben: „Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, weil sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert.“ Damit setzt sich der moderne, säkularisierte Staat seit der Französischen Revolution einem fortwährenden Wagnis aus, so Böckenförde, denn er „lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das bedeutet, er kann die „inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritären Es ist jedoch erschütternd, wie viele Zeugnisse es dafür gibt, dass die Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.“¹ Daraus ergibt sich, dass die Bürger:innen eines freiheitlichen Rechtsstaates die Legitimität demokratischer Herrschaft aus einer inneren Überzeugung anerkennen müssen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass diejenigen Kräfte die

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt 1991, zit. nach: Philosophie Magazin 03/2024, S. 22.

Oberhand gewinnen, die autoritäre, undemokratische Strukturen installieren wollen.

Es gehört seit jeher zum Instrumentarium von rechtspopulistischen Demagog:innen und Totengräbern der Demokratie, das Vertrauen in die staatlichen Organe und Institutionen des liberalen Rechtsstaats zu untergraben. Dabei geht es um Macht, Einfluss und persönliche Vorteile. Durch die sozialen Medien, aber auch staatlich gelenkte Fernsehsender in autoritär regierten Staaten sind die Möglichkeiten gewachsen, Halbwahrheiten und Lügen zu verbreiten. Bewusst eingesetzte Falschmeldungen, die Verzerrung historischer Tatsachen, Wahlpropaganda oder Verschwörungstheorien haben mittlerweile eine enorme Verbreitungsdichte erfahren. Im Mittelpunkt der öffentlichen Debattenkultur steht häufig nicht die Frage nach Lösungen für bestehende Konflikte oder Probleme, sondern eher die Hysterisierung der unterschiedlichen Positionen, um den Wettbewerbscharakter der Argumentationen zu verstärken, damit dadurch eine größere mediale Aufmerksamkeit erreicht wird. Unter medienkritischen Aspekten wird mit dem Begriff des Clickbaiting eine Praxis beschrieben, mit der versucht wird, die Anzahl der Seitenaufrufe im Internet zu erhöhen, um damit die Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Produkt, eine bestimmte Meinung oder die Bekanntheit einer Person zu erhöhen. Unter diesen konsumorientierten Bedingungen wird die eigentliche Substanz der Meinung, die Integrität einer Person oder die Qualität eines Produkts zweitrangig.

In den Vordergrund des Medienerlebnisses rückt eine bildhafte Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit, die sich in zunehmendem Maße von der realen Welt abhebt und nur noch als virtuelle Welt wahrgenommen

wird. „Der Touchscreen“, so der koreanische Philosoph Bjung-Chul Han, „bringt die Wirklichkeit als das antlitzhafte Gegenüber komplett zum Verschwinden.“² Für den französischen Psychoanalytiker Jacques Lacan „besitzt das Bild noch einen Blick, der mich anblickt, ergreift, bezaubert, fasziniert, der mich in seinen Bann zieht und sich meines Auges bemächtigt.“³ Durch die vom Smartphone dominierte Rezeption der Wirklichkeit verliert das Bild des Gegenübers seine Substanz und Wirkmächtigkeit und wird zur konsumierbaren Ware degradiert. Das Bild verliert seine Originalität und damit auch in zunehmendem Maße seine erfahrbare Glaubwürdigkeit. Die vielen heftigen und denunziatorischen Videos und Bilder auf Plattformen wie TikTok, Telegram oder X bewirken im Wahlkampf beim politischen Gegner und selbst bei nicht festgelegten Wählern nur noch wenig. Sie bestärken allenfalls die Einstellungen der eigenen politischen Gefolgsleute. Dadurch wird aber jede Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden noch unwahrscheinlicher. Mit der Zunahme des Misstrauens gegenüber dem Realitätsgehalt von dokumentarischen Videos oder Bildern insbesondere durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz wächst ein grundsätzlicher Zweifel an Bildinhalten.⁴

Hinzu kommt, dass die Algorithmen der sozialen Medien selbst eine unterkomplexe Wahrnehmung der Welt erzeugen. Sie fördern radikale, polarisierende Ansichten und produzieren ein erhöhtes Maß an Wut und Angst: „Je größer der Widerspruch zwischen den Botschaften, umso größer die Wut der Wähler,“ stellt die australische

² Bjung-Chul Han: Die Krise der Narration, Berlin 2023, S. 69.

³ ebenda.

⁴ Wolfgang Ullrich: Mit Videoschnipseln lässt sich die US-Wahl nicht gewinnen, in: Der Spiegel, Nr. 36, 31.8.2024.

Verhaltensökonomin und Politikwissenschaftlerin Karen Stenner fest.⁵ Durchschnittlich dreißig Prozent der Bevölkerung weltweit fühlen sich durch die wachsende Komplexität und den raschen Wandel ihrer Gesellschaften überfordert. „Diese Menschen fürchten den Verlust ihrer sozialen Ordnung, ihres Status und ihrer gewohnten Lebensweise... Autoritäre Menschen haben eine latente Vorliebe für Einheit und Gleichheit; sie bevorzugen Gehorsam und Konformität und schätzen starke Führer und soziale Homogenität gegenüber Freiheit und Vielfalt.“⁶ Karen Stenner vertritt die ernüchternde These, dass es in einer Gesellschaft mit diversen Moralvorstellungen und Lebensstilen „fast zwangsläufig“⁷ zu einem Aufflackern von Rassismus und Intoleranz kommen kann, die Demokratien immer wieder bedrohen werden. Insbesondere wenn Gefühle von Angst, Kontrollverlust sowie Mangel an Zugehörigkeit und Sinnhaftigkeit verstärkt auftreten, übernehmen leicht emotionale Reflexe das Kommando. So kommt der ungarische Philosoph und Kognitionswissenschaftler Alexander Batthyány zu der Auffassung, „die Erfahrung der Wut ist geradezu ein Ersatz für die Erfahrung von Sinn“ und führe oft zu einer „Ablehnung als Lebenshaltung“, die paradoxerweise in Zeiten der Unsicherheit vielen Menschen „eine gewisse innere Sicherheit“⁸ gebe.

Doch in welcher Weise können Staat, Gesellschaft und die Öffentlichkeit auf die emotionalen Dimensionen von Politik reagieren? Wie kann das Vertrauen in demokratische Strukturen und Institutionen

⁵ Zit. nach: Anne Applebaum: Die Verlockung des Autoritären, München 2021, S. 120.

⁶ Karen Stenner: How to live with Authoritarians, in: Foreign Policy, 1. Februar 2021.

⁷ ebenda.

⁸ Zit. nach: Ulrich Schnabel, Woher kommt die Wut, in: Die ZEIT, 19. September 2024, S.31/32.

zurückgewonnen werden? Die Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates besteht in der Idee, dass es sich um eine vom Volk selbst gewollte und durch dessen freie Willensbildung legitimierte Ordnung handelt. In Übereinstimmung mit den Theorien von Immanuel Kant und JeanJacques Rousseau „sollen sich die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren begreifen“⁹. Mit dieser idealtypischen Betrachtung ist der Anspruch formuliert, dass Gesetze im Allgemeinen nicht gegen den Willen des Volkes erlassen werden. Selbst wenn die Gesetze auf der Grundlage von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen verabschiedet worden sind, bedürfen sie jenseits der Legalität eines Mindestmaßes an konsensorientierter Legitimität. Wenn diese Legitimität und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung wiederholt enttäuscht oder verloren geht, gerät eine Regierung in die Krise und unter Umständen wird dadurch auch der demokratische Grundkonsens in Frage gestellt. Gemeinhin werden dann Kommunikations- und Vermittlungsprobleme von den handelnden Parteien oder Ministerien geltend gemacht. Doch oft stecken dahinter strategisch misslungene Konsensbildungsprozesse, die dann leicht das Gefühl entstehen lassen, es werde an den realen Möglichkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung im wahrsten Sinn des Wortes vorbeiregiert. Für langfristige, strukturelle und systemverändernde Transformationsprozesse bedarf es deshalb Formen einer deliberativen¹⁰ Politik. Im deliberativen Diskurs steht der konstruktive Austausch von Argumenten unter der Teilhabe von Bürger:innen im Mittelpunkt. Dafür sind weltweit bereits vielfältige Formen der Partizipation unter dem Begriff *Circular Power Politics*¹¹

⁹ Jürgen Habermas: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M. 2022, S. 136.

¹⁰ lat.: deliberare, dt.: abwägen

¹¹ Siehe dazu auch: www.apolitical.foundation und www.democracyNext.com

entwickelt worden, die allerdings bislang in der Öffentlichkeit nur wenig Aufmerksamkeit erlangt haben. Zu ihnen gehören Bürgerräte zu ausgewählten Themen, bei denen eine zufällig ausgewählte Anzahl von Bürger:innen zu einem moderierten Meinungsaustausch zusammenkommen. Sie werden dabei von Expert:innen beraten. Das demokratisch abgestimmte Ergebnis der Beratungen wird dann in der Regel dem jeweiligen Landes- oder Kommunalparlament als gesetzgebendem Organ zur Abstimmung vorgelegt oder es wird Gegenstand von Volksabstimmungen. Grundlegend für die Integration von neuen deliberativen Formen der Politik in liberalen, repräsentativen Demokratien ist ein anderes Verhältnis zwischen Parlamentariern und Bürger:innen. Anstatt Politik für die Menschen zu machen, wird Politik mit den Menschen gemacht. Dabei wird Politik als ein gegenseitiger Lern- und Erkenntnisprozess verstanden, der darauf abzielt, die eigenen Überzeugungen zu qualifizieren und gemeinsam der richtigen Lösung von Problemen näher zu kommen. Jürgen Habermas sieht darin sogar eine „Existenzvoraussetzung jeder Demokratie, die diesen Namen noch verdient. Denn je heterogener die sozialen Lebenslagen, die kulturellen Lebensformen und die individuellen Lebensstile einer Gesellschaft sind, desto mehr muss das Fehlen eines a fortiori bestehenden Hintergrundkonsenses durch die Gemeinsamkeit der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung wettgemacht werden.“¹²

Allerdings bedeutet ein breiter und offener rationaler Diskurs und eine partizipative Strategie der Willensbildung auch die Berücksichtigung von psychologischen Barrieren, die eine konstruktive

¹² Jürgen Habermas: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022, S. 18/19.

Debatte verhindern können. Aus der neurowissenschaftlichen Forschung ist seit Jahrzehnten bekannt, dass immer dann, wenn wir mit Fakten konfrontiert werden, die zwar faktisch stimmen, aber unserem Wertesystem nicht entsprechen, eine Art psychologisches Immunsystem aktiviert wird. Das führt dann dazu, dass diesen Fakten noch vehementer widersprochen wird. Für einen gelingenden Diskurs ist es daher notwendig, wie die deutsche Neurowissenschaftlerin Maren Urner argumentiert, dass „eine kommunikative emotionale Brücke geschaffen wird,“¹³ um überhaupt bereit zu sein, sich auf neue Argumente einzulassen und zuzuhören. Nach ihrer Ansicht können wir nur Entscheidungen treffen, wenn die emotionale und faktische Verarbeitung im Gehirn gut funktioniert. Das bedeutet auch, sich eine Kompetenz im Umgang mit den eigenen Emotionen anzueignen. Dazu gehört es, verstehen zu lernen, dass Emotionen nicht unbedingt ein Zeichen von Schwäche sind, sondern eine menschliche Regung, die ein Teil unseres Innenlebens ist, mit der wir die Welt in unserer Umgebung wahrnehmen. Zu dieser Wahrnehmung gehört die Erkenntnis, in welcher Weise wir mit der Natur und gleichermaßen mit anderen Menschen verbunden sind. Wir teilen beispielsweise dieselbe Luft zum Atmen, die ohne die oxygene Photosynthese von Pflanzen nicht existieren würde. Sobald diese Systeme durch den Klimawandel empfindlich gestört werden, ist auch unsere gemeinsame Existenz gefährdet. Wenn wir in der Lage sind, solche natürlichen Grundlagen unseres Seins zu akzeptieren und zu schätzen, entstehen grundsätzlich andere Voraussetzungen, um einander zu verstehen und beispielsweise Lösungen für gefährdete ökologische Systeme zu finden. „Wer über Probleme spricht, schafft Probleme. Wer über Lösungen spricht,

¹³ Wie politisch sind Gefühle, Maren Urner? In: Sternstunden der Philosophie, Schweizerischer Rundfunk Kultur, 17.6.2024.

schaft Lösungen, unterstreicht Maren Urner.¹⁴ Eine befreiende und konstruktive Art und Weise, mit Angst, Unsicherheiten und Bedrohungen umzugehen, ist, die Aufmerksamkeit auf die Dinge zu konzentrieren, die mich wirklich betreffen. Das heißt, nach den Ursachen der Angst zu fragen, die mich bedrängt, und dann danach zu fragen, was mir wichtig ist, um auf dieser Grundlage Handlungsalternativen zu finden. Das sind durchaus komplizierte Prozesse, die ein hohes Maß an emotionaler Reife voraussetzen, aber sie tragen dazu bei, dass wir ein Verständnis von Politik und zugleich den Anspruch entwickeln, dass wir als Bürger:innen einen kreativen und aktiven Anteil an der Lösung von gesellschaftlich relevanten Problemen haben.

¹⁴ ebenda.